



20.9011

**Ausserordentliche Session.
Rahmenabkommen mit der EU**
**Session extraordinaire.
Accord institutionnel avec l'UE**

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 16.12.20
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 17.12.20

Präsident (Kuprecht Alex, Präsident): Ich erkläre die ausserordentliche Session als eröffnet und begrüsse bei uns Herrn Bundesrat Cassis.

Gemäss Artikel 2 Absatz 3 des Parlamentsgesetzes können ein Viertel der Mitglieder eines Rates oder der Bundesrat die Durchführung einer ausserordentlichen Session verlangen. 50 Mitglieder der SVP-Fraktion haben dies getan. Wir behandeln im Rahmen der ausserordentlichen Session die Motion Germann 20.3991 und die Motion Salzmann 20.3993. Zu beiden Motionen liegt ein Ordnungsantrag Noser vor. Herr Noser beantragt die Zuweisung der beiden Motionen an die zuständige Kommission.

Noser Ruedi (RL, ZH): Einfach zur Klarstellung: Das ist ein Ordnungsantrag, kein Rückweisungsantrag. Ich bitte Sie, die beiden Vorstösse der zuständigen Kommission zur Vorprüfung zu überweisen. Warum? Der Bundesrat steht jetzt in Verhandlungen. In dieser Situation möchte ich die beiden Vorstösse nicht diskutieren, ohne zu wissen, was unsere zuständige Kommission dazu zu sagen hat. In dieser Kürze möchte ich Sie bitten, diesen Ordnungsantrag zu unterstützen.

Germann Hannes (V, SH): Ich bedaure es natürlich, dass Sie heute, wie ich annehmen muss, nicht willens sind, diese Thematik zu diskutieren. Dabei täte sie wirklich not, denn je weiter wir auf dem Weg in Richtung institutionelles Abkommen gehen, desto schwieriger wird es, Korrekturen anzubringen, desto schwieriger wird es, Nein zu sagen, desto schwieriger wird es auch für Sie, Herr Bundesrat, den Reset-Knopf, den Sie vor Ihrem Amtsantritt in Aussicht gestellt hatten, zu drücken. Dass aber bei den Verhandlungen eben auch einiges im Argen liegt, wissen wir alle. Wir hören ja auch die Meinungsäusserungen aus den verschiedenen Parteien – und hier beschleicht mich ein ungutes Gefühl. In der ersten Woche haben Sie zwei Vorstösse zu diesem Thema begründen lassen, weshalb es nun umso irritierender ist, wenn man zu diesem zentralen Bereich, dem institutionellen Abkommen, nichts sagt.

Ich sage einfach noch ein Wort, warum ich es bedaure, bzw. ich stelle mindestens den Antrag, man solle das Geschäft trotzdem heute beraten. Wir haben ja viel mit Brüssel zu tun, deshalb zitiere ich nun etwas im Originaltext: "What's the difference between UK Brexit and the institutional agreement with Switzerland? The Brits send their Prime Minister Boris Johnson, the Swiss Federal Council sends Ms. Leu. Guess the difference ..." Ich verzichte darauf, das zu übersetzen, aber es stammt aus dem Mund bzw. aus der Twitter-Feder von Andreas Schwab, der im Europäischen Parlament immerhin für die Beziehungen zur Schweiz zuständig ist. Das, Herr Bundesrat, sagt eben einiges über die ganze Situation aus, wie man sie von der EU her beurteilt. Ich fände es ausserordentlich schade, wenn Sie uns heute nicht die

AB 2020 S 1425 / BO 2020 E 1425

Gelegenheit gäben, diese Thematik auszulegen. Im Nationalrat wurde das ja auch gemacht. Ich fände es eine verpasste Chance.

Deshalb bitte ich Sie um Ablehnung des Rückweisungsantrages.

Salzmann Werner (V, BE): Ich wiederhole nicht, was Kollege Germann gesagt hat. Ich bin noch nicht so lange in diesem Rat. Bis heute wurden Ordnungsanträge immer im Sinn gestellt, dass man das Geschäft der Kommission zuweist, um etwas zu beraten. Aber hier sehe ich nicht, was die Kommission beraten soll. Es geht um eine Sache, die der Bundesrat jetzt in der Hand hat. Der zweite Punkt ist: Diese Vorlage ist gerade für





unseren Rat, den Ständerat, absolut zentral; es geht um den Föderalismus. Sie betrifft die Kantone und die Gemeinden in ihrer Souveränität noch mehr als die Schweiz selber, und es geht um die Rechtsprechung. Wir täten gut daran, jetzt darüber zu diskutieren und dem Bundesrat eine klare Haltung mitzugeben. Dann weiss er auch, was er zu tun hat. Das ist eigentlich die Ausgangslage für dieses Geschäft.

Deshalb bitte ich Sie wirklich, den Ordnungsantrag abzulehnen, damit wir heute darüber sprechen können.

Minder Thomas (V, SH): Herr Noser, ich finde Ihren Ordnungsantrag zu dieser Sonderdebatte zum Rahmenabkommen ganz schön frech. Sie haben natürlich das Recht, einen solchen zu stellen, doch er ist hier und jetzt total fehl am Platz. Dies aus verschiedenen Gründen: Eine Minderheit will heute über das Rahmenabkommen debattieren. Dieses Recht auf eine Sonderdebatte ist ein Minderheitsrecht eines Viertels des Rates und wird sogar in Artikel 151 der Bundesverfassung eingeräumt. Weil wir so oder so zurzeit in Bern sind und Session haben, soll diese ausserordentliche Session eben heute stattfinden. Weil man bekanntlich nur zum Ordnungsantrag sprechen darf – das sagt uns der Präsident ja dauernd –, verunmöglichen Sie uns damit, eine inhaltliche Debatte zu führen.

Herr Noser, das ist mehr als ein Schildbürgerstreich. Sie wissen ganz genau – lesen Sie den Motionstext von Kollege Germann –, dass es heute und jetzt und nicht erst in der Frühjahrssession einen ständerätlichen Entscheid zu diesem Vorstoss braucht. Natürlich wollen Sie und Ihr Bundesrat gar nicht erst öffentlich über das Rahmenabkommen debattieren. Das ist doch der wahre und ehrliche Grund, nicht die Vorprüfung in einer Kommission.

Nur: Der Bundesrat hat mit seiner Konsultations- und Klärungsschleife die heutige Situation und das Traktandieren dieser zwei Vorstösse selbst verursacht. In der APK wird fast jedes Mal über das Rahmenabkommen diskutiert, und das seit sieben Jahren, in den letzten zwei Jahren natürlich sehr intensiv. Zudem – und das ist vielleicht das Wichtigste – sind die Meinungen dazu längst gemacht, auf Parlamentsseite, beim Volk, beim Bundesrat vielleicht noch nicht. Und bei Ihnen, Herr Noser, erst recht; auch da ist die Meinung zum Rahmenabkommen gemacht. Sie unterstützen das Rahmenabkommen bekanntlich. Mir ist schleierhaft, warum gerade Sie jetzt diese Vorprüfung wollen, denn Sie lehnen ja beide Motionen ab.

Werte Ratsmitglieder, diese zwei Vorstösse zur Vorprüfung an die Kommission zu überweisen, ist ein Witz. Wir sind in der Lage, heute darüber zu befinden. Und wir respektieren in diesem Rat das Recht einer Minderheit, via Sonderdebatte über ein Thema diskutieren zu dürfen. Wenn diese Verschiebungstaktik in diesem Rat einreisst, wenn solche Sonderdebatten einfach in die Kommission verschoben, verzögert und damit der öffentlichen Debatte entzogen werden, wird dieses Minderheitsrecht letztlich ausgehöhlt und seines Kerns beraubt. Meines Wissens, und ich bin nun mittlerweile neun Jahre in diesem Rat, hat bisher noch nie jemand versucht, eine ausserordentliche Session auf diesem Weg abzuklemmen.

Ich bitte Sie dringendst, dem Ordnungsantrag Noser nicht zuzustimmen.

Rechsteiner Paul (S, SG): Ich werde dem Ordnungsantrag von Kollege Noser zustimmen, möchte aber nach den gehörten Voten darauf hinweisen, dass der Ständerat zu diesem Thema bereits eine Motion verabschiedet hat – es ist die Motion 19.3416, "Zusatzverhandlungen zum institutionellen Abkommen mit der EU". Mit dieser Motion haben der Ständerat und nachher auch der Nationalrat gegen den Widerstand des Bundesrates vor rund einem Jahr verlangt, dass zu den umstrittenen Punkten Zusatzverhandlungen geführt werden, und zwar mit einem klaren Mandat. Diese Motion existiert also.

Mit Blick darauf halte ich es für richtig, dass sich die zuständige Kommission aufdatiert und die Debatte noch einmal vorbereitet.

Cassis Ignazio, Bundesrat: Ich bin heute sehr gerne gekommen. Gestern hat die Debatte im Nationalrat stattgefunden. Der Bundesrat steht Ihnen zur Verfügung, selbstverständlich mit Freude, aber Sie entscheiden, ob Sie darüber debattieren wollen.